

## EU-China Civil Society Dialogue on Informal Work and Migration

Gustav-Stresemann-Institut, Bonn, 12.-14. November 2011

Die dreitägige Konferenz zu informeller Arbeit und Migration ist bereits die dritte von acht geplanten Dialog-Veranstaltungen des von der EU und dem British Foreign and Commonwealth Office geförderten Projektes „EU-China Civil Society Dialogue on Participatory Public Policy“ (2011–2013). Das Konsortium unter der Leitung des China Policy Institute der Universität Nottingham (UoN) umfasst sechs Partnerorganisationen – aus Deutschland die Asienstiftung (GAF), das Institut für Zivilgesellschaft an der Sun Yatsen Universität/Guangzhou (ICS), die Global Links Initiative (GLI), die China Association for NGO Cooperation (CANGO), die University of Nottingham-Ningbo (UNNC) und das Great-Britain China Centre (GBCC).

Zu Beginn der Konferenz hießen die Organisatoren Klaus Fritsche (GAF), Nora Sausmikat (GAF) und Li Yan (ICS) die Teilnehmer herzlich willkommen und stellten den Ablauf des Programms vor. Andreas Fulda (UoN) erläuterte anschließend, dass der EU-China Civil Society Dialogue weniger als eine akademische Konferenz, sondern vielmehr als Prozess kollektiven Lernens zu verstehen sei, welcher der Förderung des Austauschs zwischen Zivilgesellschaften der EU und China und dem Aufbau langfristiger und nachhaltiger Beziehungen dient.

Auf die Begrüßung folgte der Vortrag von Alexandra Wagner (Berlin) zur Rolle von atypischer Arbeit und Migration für die Veränderungen auf den Arbeitsmärkten in Europa. Wagner diskutierte das Konzept *decent work*, die Probleme von Deregulierung der Arbeitsmärkte und welche Maßnahmen von der EU ergriffen werden müssen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen von Migranten in Europa zu verbessern.

Der Beitrag von Huang Yan (Guangzhou) befasste sich mit der Rolle von multinationalen Konzernen, Zivilgesellschaften weltweit und Arbeitersolidarität in China. Er kritisierte, dass lokale Regierungen in China hauptsächlich im Interesse ihrer Leute agieren. Huang ist der Meinung, dass multinationale Konzerne in Zukunft mehr Druck auf die Verbesserung der Produktionsbedingungen und den Schutz der Arbeiterrechte in China ausüben können.

Anschließend fand das erste interaktive Panel statt. Die Teilnehmer tauschten sich über laufende Projekte und ihre Zugänge zu den Themen aus und erörterten Problemfelder rund um informelle Arbeit und Migration.

Den zweiten Konferenztag startete Yaraslau Kryvoi (London), der die Ansätze der ILO-Konventionen und des von der Weltbank herausgegebenen Doing Business-Berichts zur Regulierung von Arbeit behandelte. Er wies auf die Notwendigkeit von „flexsecurity“ hin – eine gewisse Kombination von Sicherheit und Flexibilität im Arbeitsrecht.

Sri Wulandri (Hong Kong) stellte Fallstudien neuer Formen von Organisation informeller Arbeiter in städtischen und ländlichen Gebieten vor. Das Asia Monitor

Research Center und Partner in Indonesien, Kambodscha und Philippinen entwickelten das Tool „power mapping“. Mit Hilfe des Tools werden Stärken der organisierten Gruppe ausgearbeitet, involvierte Akteure analysiert sowie Ziele und Strategien für politische Kollektivverhandlungen festgelegt.

Wan Xiangdong (Guangzhou) erläuterte seine Studie zur Beschäftigung von ländlichen Migranten im informellen Sektor und ihre Auswirkungen. Diese belegt, dass der Trend des Wechselns von formeller zu informeller Beschäftigung steigt. Ursachen sind teilweise bessere Arbeitsbedingungen, mehr Freiheit, geringere Abhängigkeit von Arbeitgebern und teilweise höhere Gehälter, jedoch auch längere Arbeitszeiten. Des weiteren präsentierte Wan eine geplante Studie zu *community service* in einer bekannten Textilindustrie- und Einzelhandelszone in Guangzhou.

Den etwa 58 Millionen zurückgelassenen Kindern von Migranten in China widmete sich Wei Zusong (Guangdong). Wei schätzt, dass ungefähr bloß 10 Prozent der Kinder Aufstiegschancen haben. Er appelliert an die Zivilgesellschaft zu handeln und nannte die Provinz Guangdong als Vorbild für zivilgesellschaftliche Organisation und Engagement.

Nachmittags diskutierten die Teilnehmer in Arbeitsgruppen die Rolle von Institutionen, Arbeiterorganisationen und Arbeitsaktivisten, Gewerkschaften und NGOs, verbunden mit der Frage „How is policy made?“. Danach traf man sich beim zweiten Panel zu den Fragen, was europäische und chinesische NGOs voneinander lernen und wo Möglichkeiten für Kooperation sein könnten.

Am letzten Workshoptag berichtete Fe Jusay (Niederlande) von den Höhepunkten der Adaptierung der ILO Convention 189 on Decent Work and Rights for all Domestic Workers. Sie plädiert für den Wortgebrauch undokumentierter Migranten statt illegaler Migranten. Jusay kritisierte zudem die Doppelstandards des „Nordens“, da dessen Zuwanderländer die ILO-Konvention nicht ratifiziert haben. Einen weiteren Ansatz zur Regulierung von Gehältern stellte Bettina Musiolek (Sachsen) vor – Mindestlohnkampagnen in Asien und Europa. Sie präsentierte das Konzept und die Kampagne „Asia Floor Wage (AFW) – Decent income for garment workers in Asia“. Die Berechnung des AFW stieß aufgrund der unterschiedlichen internationalen und nationalen Standards jedoch auf Kritik.

Im letzten Abschnitt wurden vier Aktionspläne für Folgeprojekte erarbeitet, aus welchen zwei ausgewählt, mit je 10.000 Euro finanziert und in China umgesetzt werden sollen.

Die intensive Diskussion der Teilnehmer aus den verschiedenen Organisationen verbreitete ein differenzierteres Bild der Entwicklungen in China und Europa. Die Konferenz bot ihnen Gelegenheit für den Aufbau neuer Beziehungen, den Ausbau von Netzwerken untereinander und brachte Ideen für Kooperation und zukünftige Projekte hervor.